

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses

Band: 78 (1987)

Heft: 20

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pressespiegel

Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Vorausschauende Kernenergiepolitik

«Keine Energie hat bisher so wenig Opfer gefordert wie die Kernenergie; ausserdem ist sie am wenigsten schädlich für die Umwelt.» (Jeanne Hersch)

Das Geleitwort der mutigen Genfer Philosophin Jeanne Hersch, politisch in Freiheit vor Parteiparolen der Sozialdemokratie angehörend, ändert nichts daran, dass die Kernenergiepolitik in unserem Lande zu einem besonders dornenvollen Bereich geworden ist. Die Energieversorgung sollte eine Dienstleistung an Gesellschaft und Wirtschaft sein.

Sie ist aber, jedenfalls was die Kernenergie betrifft, zum Tummelplatz der Parteipolitik geworden. Das eine Lager strebt einen weiteren Ausbau der Kernenergieproduktion an, das rote und grüne Lager möchte in der Bundesverfassung festlegen, dass keine weiteren Kernkraftwerke gebaut werden dürfen und dass die bestehenden Atomkraftwerke allmählich stillzulegen sind.

Die Patt-Situation

Es gilt vor allem zu erkennen, dass sich die beiden Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Gegenseitige Überzeugungsversuche sind fruchtlos geworden. Wenn Fachleute noch so klar beweisen, dass sich Tschernobyl in einem unserer Atomkraftwerke nicht ereignen kann, so nehmen die politisch oder emotionell motivierten AKW-Gegner dies nicht zur Kenntnis. Es nützt auch nichts, den AKW-Gegnern vorzuhalten, sie hätten keine glaubwürdige Antwort darauf, wie eine ausreichende und wirtschaftliche Stromversorgung bei einem Ausstieg aus der Kernenergie mit ihrem derzeitigen Anteil von gut 40% der Elektrizitätsproduktion sichergestellt werden könnte.

Mit generellen Formulierungen wie «Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg» wird das für unsere Volkswirtschaft lebenswichtige Problem beiseite geschoben. Oder es wird auf «sanfte» Alternativen verwiesen, ohne den unerlässlichen Nachweis zu leisten, dass damit eine ausreichende, zuverlässige, preiswerte und umweltgerechte Energieversorgung zustande käme, um den Ausfall der Kernenergie zu kompensieren.

Eine politisch festgefahrene Situation muss gelockert werden. Praktisch gibt es in diesem totalen Patt nur eines: Das Volk selbst muss entscheiden, und zwar muss es in zweifacher Richtung ein Machtwort sprechen. Wie nachstehend begründet, ist ein doppeltes Machtwort von ganz besonderer Wichtigkeit.

Rechtsstaat in Gefahr

Im politischen Bereich ist davon auszugehen, dass ohne Rückhalt im Volk neue Kernkraftwerke nicht entstehen können. Die Akzeptanz von Kernkraftwerken durch die Volksmehrheit ist allerdings nach wie vor wahrscheinlich. 1979 (Atominitiative I) und 1984 (revidiertes Atomgesetz) haben Volk und Stände entschieden, dass sie auf die Kernenergie nicht verzichten wollen. So wenig wie durch Argumente liessen sich die Kernenergiegegner durch diese politischen Fakten beeindrucken. 1985 haben die eidgenössischen Räte die Rahmenbewilligung für das AKW Kaiser-augst erteilt.

Es ist aber ein offenes Geheimnis, dass die AKW-Gegner nötigenfalls mit illegalen Mitteln versuchen werden, den Bau dieser Anlage zu verhindern. Die zurzeit mehrheitlich rot-grüne Berner Regierung erklärte sich gegen ein Kernkraftwerk Graben, unbekümmert darum, dass der Entscheid nicht ihr, sondern dem eidgenössischen Parlament zusteht. Später schwächte die Berner Regierung etwas ab: Ein formeller Verzichtschluss liege nicht vor, dagegen solle der Bund zusammen mit den Kantonen den Ausstieg ernsthaft prüfen.

Wenn ein auf der Basis des revidierten Atomgesetzes, in welchem sowohl die politischen Kautelen als auch die Sicherheitsvorkehrungen überaus streng sind, bewilligtes Atomkraftwerk aus Furcht vor politischen Wirren nicht gebaut werden kann, so haben wir es mit einer rechtsstaatlich inakzeptablen Situation zu tun. Demokratie wie Rechtsstaat werden unterhöhlt, und es liegt in Wahrheit ein subversiver und revolutionärer Sachverhalt vor.

Gouverner, c'est prévoir. Die kommende Atom-Initiative III ist so extrem, dass Bundesrat und Bundesversammlung sie Volk und Ständen zur Ablehnung empfehlen werden. Doch das genügt angesichts des sich abzeichnenden Aufruhrs gegen den Rechtsstaat nicht. Mindestens so wichtig wie die Frage, ob sich Volk und Stände die Option für die Kernenergie offen halten wollen, ist die zweite Frage, ob Volk und Stände «gewaltfreie» oder gewalttätige Aktionen gegen den erklärten Mehrheitswillen zu bekämpfen bereit sind.

Würden Volk und Stände die erste Frage verneinen, würde die zweite Frage gegenstandslos. In einem Staatswesen, in welchem das Volk der Souverän ist, hätte dann das Volk die katastrophalen Konsequenzen eines Verzichtes auf die Kernenergie zu tragen. Viel wahrscheinlicher ist es aber, dass Volk und Stände beide Fragen bejahen. Sollten dann künftig solche Aktionen zur Durchkreuzung des Mehrheitswillens vorkommen, so wissen die Behörden, dass Volk und Stände es billigen, wenn nötigenfalls mit Polizei-Einsatz dagegen eingeschritten wird.

Wann diese doppelte Fragestellung?

Auf diese Frage kann es eigentlich nur eine Antwort geben: möglichst rasch. Der Bundesrat könnte ausserhalb einer Verfassungsänderung an Volk und Stände gelangen; das wäre ein Plebiszit in einer dringlich und bedrohlich gewordenen Situation. Mehr Zeit geht verloren, wenn er für die doppelte Fragestellung die Abstimmung über die Verfassungsinitiative der

AKW-Gegner (vorgeschlagene Revision von Art. 24 quinquies) abwartet.

Es wird auch darüber diskutiert, ob die für ein Kernkraftwerk erteilte Rahmenbewilligung der eidgenössischen Räte nicht dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollte. Juristisch können gute Gründe gegen eine solche Änderung des Atomgesetzes vorgebracht werden, besonders noch dann, wenn die Änderung rückwirkend auch für Kaiser-augst gelten sollte. Doch politische Erwägungen könnten hier schwerer wiegen als juristische. Das war schon 1984 bei der Revision des Atomgesetzes der Fall.

Sollte es je zu solchen Referendumsabstimmungen kommen, müsste stets die skizzierte doppelte Fragestellung angewendet werden, um die unkontrollierbar gewordene Stimmung bei vielen AKW-Gegnern wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Weitere Vorteile eines Volksverdictes

Die staatspolitische Notwendigkeit einer doppelten Fragestellung ist vorstehend dargelegt worden. Daneben kämen einem baldigen Volksverdict noch weitere Vorteile zu. Volk und Stände würden bezüglich einer ausreichenden, sicheren, preisgünstigen und umweltgerechten Energieversorgung vor ihre Verantwortung gestellt. Wie erwähnt, würden Kernenergiebefürworter und -gegner zwar aneinander vorbeireden, aber das Volk erhielte aus beiden Lagern erschöpfende Informationen zur eigenen Meinungsbildung.

Frankreich nimmt bezüglich kernelektrischer Leistung weltweit den zweiten Platz nach den USA ein. Es kann 10% der produzierten Elektrizität zu interessanten Preisen exportieren. Vergleicht man die Patt-Situation in der Schweiz mit der zukunftsorientierten Haltung Frankreichs, wundert es nicht, dass schweizerische Elektrizitätsunternehmen sich heute an französischen AKWs finanziell beteiligen.

Bedenke man zum Schluss noch eines: Der saubere Was-

serstoff kann in den nächsten Jahrzehnten Benzin und Dieselöl in den Verbrennungsmotoren weitgehend ersetzen, sofern genügend elektrische Energie für die Wasserstoffproduktion zur Verfügung steht. Genügend Elektrizität werden aber nur jene Länder haben, welche die Kernenergieproduktion nicht künstlich behindern.

*Aus dem Wochenbericht
Nr. 27/1987 der Bank Julius Bär*

Journée de l'énergie

Le spectre de la pénurie électrique et la force du moratoire nucléaire

Un électricien contre deux professeurs de l'Uni de Genève. Tel est le match qui a marqué la Journée officielle de l'énergie, hier au Comptoir suisse

«La crainte maintes fois exprimée de nos entreprises de voir apparaître dans notre bilan électrique un déficit hivernal chronique est en train de devenir réalité!» C'est là l'avertissement qu'a lancé hier Christophe Babaïantz, président de la direction de la S.A. l'énergie de l'Ouest-Suisse (EOS), du haut de la tribune du cinéma du Palais de Beaulieu où se tenait la Journée de l'Énergie traditionnellement organisée dans le cadre du Comptoir. Les deux conférenciers qui suivirent ne partageaient décidément pas cette analyse: Peter Tschopp, professeur à l'Université de Genève, recommanda plutôt, dans la perspective d'un moratoire nucléaire, que le Conseil fédéral mette sur pied une sorte de Plan Wahlen conditionnant une adaptation massive au progrès technique qui autoriserait de substantielles économies d'énergie. Quant à Fabrizio Carlevaro, autre professeur de

l'Université genevoise, il conseilla que l'électricité soit rendue au marché libre.

L'électricité est devenue une énergie si banale que nombre de consommateurs ont l'impression qu'elle sort le plus naturellement du monde de la prise électrique, estima d'abord Christophe Babaïantz. D'où une regrettable tendance au gaspillage. Les usages de l'électricité ne cessant de se multiplier, poursuivit le président d'EOS, sa consommation est en constante augmentation. Et cela souvent, ironisa-t-il, en raison de réalisations prônées par les milieux écologistes et anti-nucléaires. L'électricien pensait ainsi à des projets tels que Rail 2000 ou les abonnements économiques qui, comme à Bâle, ont notablement accru le trafic des transports publics.

Une politique malsaine

Anticipant sur l'argumentation de Peter Tschopp, Christophe Babaïantz considéra que «les économies réalisables à l'avenir permettront de freiner la hausse de la demande, mais en aucun cas de provoquer une stagnation et, à plus forte raison, une diminution de cette dernière». Pourtant, s'insurgea le président d'EOS, les entreprises électriques se trouvent dans «l'impossibilité quasi absolue d'augmenter dans des proportions même modestes la production indigène d'électricité dans les années à venir, soit pratiquement jusqu'à la fin du siècle».

Dans ces conditions, regretta l'orateur, la seule solution est d'importer de l'électricité en hiver, «des contrats d'importation d'un volume considérable» ayant été signés récemment avec la France dans cette perspective. Cependant, se lamenta M. Babaïantz, «une politique

fondée sur l'importation est en soi malsaine». Dès lors, et même «si la France paraît quantitativement pouvoir nous sortir d'affaire pour un certain temps, il faut bien reconnaître que, qualitativement, la sécurité de notre approvisionnement n'est plus ce qu'elle était autrefois».

Justification du moratoire

Pour Peter Tschopp, professeur d'économie politique, la situation est claire: «Des problématiques écologiques et sociologiques interdisent clairement la poursuite sur la voie de l'inflation énergétique.» La fourniture d'énergie ne pouvant suivre indéfiniment une croissance exponentielle, poursuivit le doyen des Sciences sociales genevoises, «il faut améliorer le rendement énergétique des installations de transformations d'énergie, en attendant de disposer d'énergies moins polluantes et mieux acceptées socialement».

Peter Tschopp se livra alors à une véritable apologie du moratoire nucléaire, considérant que cette contrainte se justifie d'un point de vue économique. Dans cette logique, le professeur genevois estime qu'un tel moratoire serait un efficace stimulant pour le progrès technique et aurait une heureuse influence sur l'emploi. Il juge en effet que la capacité d'économie d'énergie reste très importante en Suisse, des appareils et installations à meilleur rendement énergétique pouvant être mis au point.

Un plan national

«Dans ce but, conclut Peter Tschopp, l'élaboration par le Conseil fédéral d'un plan énergétique et environnemental avec le concours technique du Conseil d'école des Ecoles polytechniques, l'Office fédéral de

l'énergie et l'Office fédéral des questions conjoncturelles me paraît nécessaire».

Pour sa part, Fabrizio Carlevaro, professeur d'économétrie à l'Université de Genève, s'en prit à la «capacité productive de réserve» qu'ont prévu les électriciens dans la crainte de ne pouvoir faire face à la demande hivernale. Ces mêmes électriciens, releva Fabrizio Carlevaro, souhaitent que cette capacité de réserve équivaille environ à la capacité de production d'une grosse centrale nucléaire telle que Gösgen.

Une atmosphère de marché

L'économiste jugea alors que ces «excédents de capacité, qui constituent (...) un coût supplémentaire supporté le plus souvent par le consommateur, pourraient être réduits, voire éliminés si une atmosphère de marché, régie par la loi de l'offre et de la demande, pouvait y être instaurée».

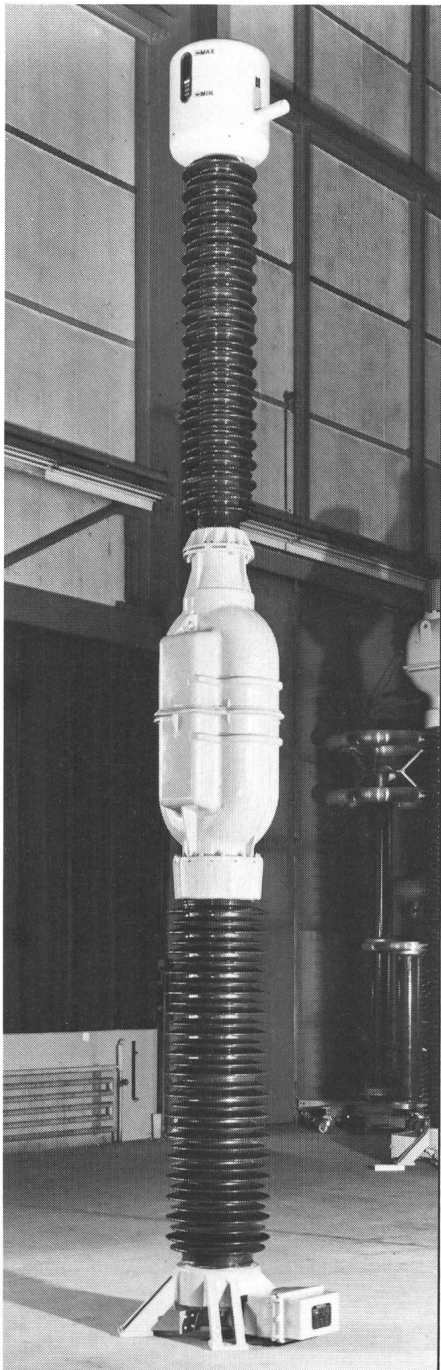
Fabrizio Carlevaro prôna alors une intégration de l'électricité à cette loi du marché qui, grâce à un jeu tarifaire, ne cesserait de redéfinir le prix de cette énergie. Cette «tarification au coût marginal», appliquée en France, en Angleterre, en Suède, en Thaïlande et en Tunisie ainsi qu'aux Etats-Unis, impliquerait une auto-régulation de la demande. M. Carlevaro se désola donc en constatant que, en Suisse, «la tarification au coût marginal n'a pas la cote, dans l'économie électrique du moins».

Un vif débat, dirigé par le journaliste Marc Schindler, opposa alors les trois conférenciers qu'interrogeait l'assemblée, chacun campant bien évidemment sur ses positions...

*Daniel Audétat
«Gazette de Lausanne»,
Lausanne, 22 septembre 1987*

Spannungs- wandler

bis
525 kV



- Kesselbauweise
- weniger Öl
- sicherer Luftabschluss
- gute kapazitive Steuerung
- mehr Sicherheit
- sorgfältig geprüftes mechanisches Konzept
- Isolatoren in Portlandzement einzementiert
- hohe spezifische Biegefestigkeit
- korrosionsfeste Alulegierung
- flexible Anordnung des Primärleiters

HAEFELY

Ein neuer induktiver Spannungswandler in Kesselbauweise von 362...525 kV. Die Gehäuseform folgt der Spulenkontur, ist daher überspannungssicher und begrenzt die Übertragung transienter Überspannungen.

Verlangen Sie die neue Druckschrift 212 bei EMIL HAEFELY & CIE AG BASEL, Postfach, CH-4028 Basel Schweiz, Telefon 061 - 53 5111.

ALUCOPAN. Gibt warm. Hält kühl. Bleibt stets in Form.

Kunststoffkern und Aluminium-Deckschichten. Eine gute Kombination für hohe thermische Isolation. Das Ganze heisst ALUCOPAN-Verbundplatte. Völlig plan, absolut spannungsfrei und feuchtigkeitsunempfindlich. In Länge, Breite, Dicke individuell herstellbar. Auch mit eingebauten Finessen. ALUCOPAN – in jedem Fall eine wirtschaftliche Investition.

Allega AG

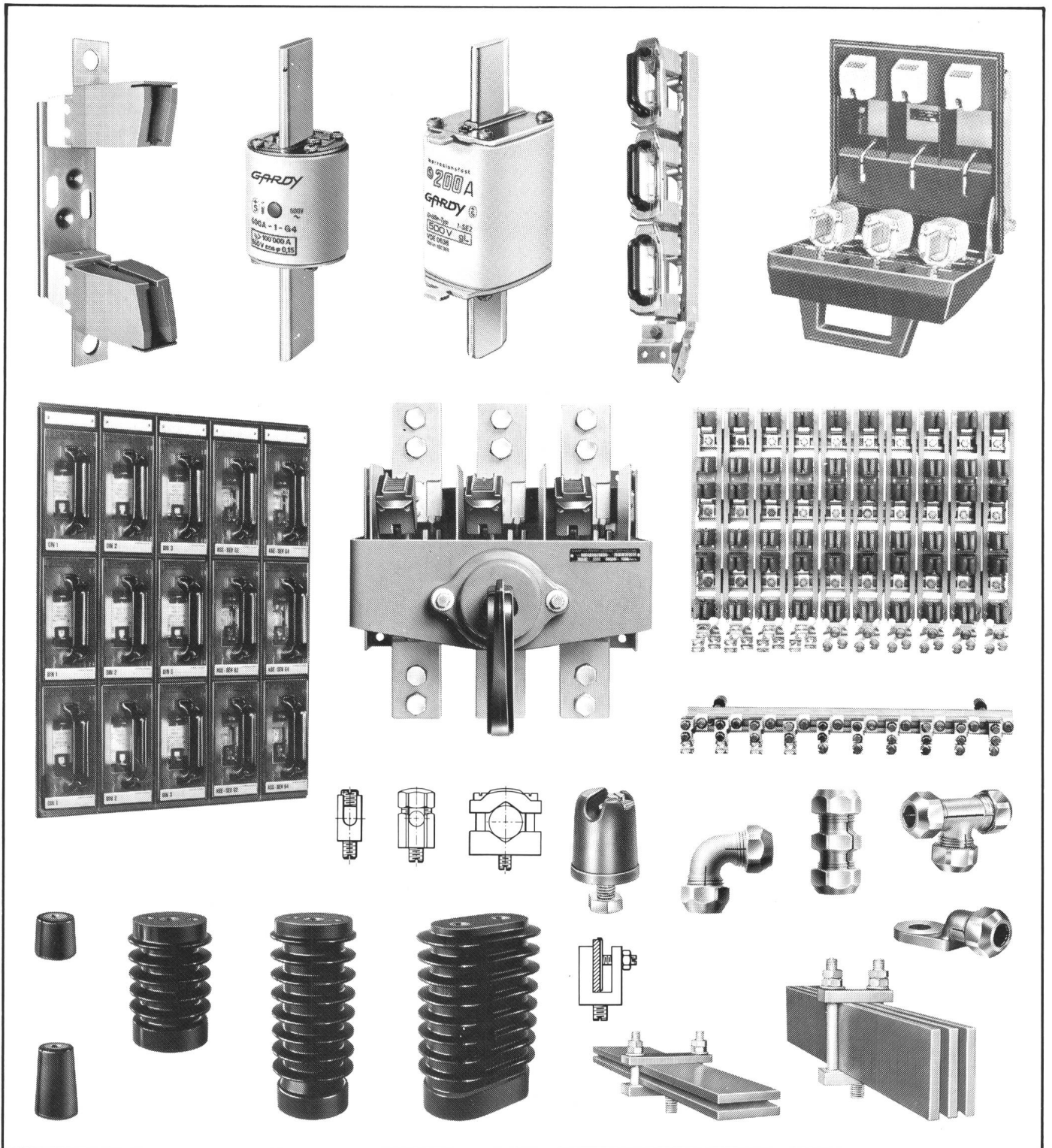
Verkaufsgesellschaft der Schweizerischen Aluminium AG
Buckhauserstrasse 5
8048 Zürich
Telefon 01/497 41 11
Telefax 01/497 43 44
Telex 822 339



ALLEGA für Aluminium

☎ 01/497 41 11





INSTALLATIONSMATERIAL FÜR NIEDER- UND MITTELSPANNUNG
TEIL-PROGRAMM-ÜBERSICHT

GARDY

15, RUE MARZIANO 1211 GENÈVE 24 Tel. 022.43 54 00



DIES IST EINE KONTAKTANZEIGE



**30./31. OKTOBER 1987:
TAGE DER OFFENEN TÜREN**

In aller Stille sind wir Kontakt-Milliardäre geworden. Denn jährlich produzieren wir rund 20 Millionen Schalter, von denen jeder seinerseits problemlos eine Million Kontakte herstellt.

Womit wir Sie heute in Kontakt bringen wollen, betrifft zwei Perlen aus unserer Palette der speicherprogrammierbaren Steuerungen SAIA[®]PLC.

Eines dieser Kontaktangebote bezieht sich auf die erste und bis heute einzige nach Mass gefertigte speicherprogrammierbare Steuerung. Annähernd so spezifisch und kompakt wie eine Mikroprozessor-Eigenentwicklung, nur bedeutend anpassungsfähiger und mit weniger Risiko behaftet.

Das zweite Kontaktangebot ist das neue, hochklassige Multiprozessorsystem PCD6: bis 7 Prozessoren, bis 4096 Ein-/Ausgänge, menügeführte Programmierung, ausgebaute Debugging-Instrumente u. a. m.

Kommunikations- und Netzwerkfähigkeit, Prozessleitsystem, Funktionssicherheit sind für die Steuerungsfamilie SAIA[®]PLC nicht nur Schlagworte, sondern beweisbare Tatsachen. Eine dieser Tatsachen sind die 50 000 Systeme, die rund um die Welt im erfolgreichen Einsatz stehen.

Informieren Sie sich. Wir sind bekannt dafür, Kontakte zu pflegen und zu bewahren.



Industrie-Elektronik und Komponenten
3280 Murten

Telefon 0371/72 1185, ab Oktober: 0371 727 727

Schweizerischer Elektrotechnischer Verein
Association Suisse des Electriciens
Associazione Svizzera degli Elettrotecnici
Swiss Electrotechnical Association



Wirksame Blitzschutzanlagen



Blitzschutzanlagen sind nicht billig. Sie können sogar teuer zu stehen kommen, wenn unsachgemäss geplant und ausgeführt, denn nachträgliche Änderungen sind immer mit hohen Kosten verbunden. Zudem besteht die Gefahr, dass derartige Anlagen im Ernstfall ihren Zweck nicht erfüllen.

Wir kennen die Probleme des Blitzschutzes und die optimalen Lösungen hierfür.

Wir stehen Privaten, Ingenieurunternehmen und kantonalen Instanzen zur Verfügung für Planung, Beratung, Kontrollen, Branduntersuchungen und Instruktionkurse.

Auskunft: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein, Starkstrominspektorat
Seefeldstrasse 301, Postfach, 8034 Zürich
Telefon 01 / 384 91 11 – Telex 56047 sev ch – Telefax 01 / 55 14 26